



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

BMJ-L318.027/0001-II 1/2009

Adresse
1070 Wien, Museumstraße 7

e-mail
KZL.L@bmj.gv.at

Telefon Telefax
(01) 52152-0* (01) 52152 2753

Sachbearbeiter(in): Dr. Bernhard
Weratschnig
*Durchwahl: 2156

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Strafprozessgesetz, die Strafprozessordnung 1975
und das Staatsanwaltschaftsgesetz geändert
werden; Versendung zur Stellungnahme

Das Bundesministerium für Justiz beehrt sich, den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Strafprozessgesetz, die Strafprozessordnung 1975 und das Staatsanwaltschaftsgesetz geändert werden samt Erläuterungen mit dem Ersuchen zu übersenden, hiezu bis zum

22. Juni 2009

Stellung zu nehmen (elektronisch an die Adresse KZL.L@bmj.gv.at).

Der Entwurf wurde von einer Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern der Parlamentsklubs der beiden Regierungsfractionen und des Bundesministeriums für Justiz ausgearbeitet.

In der Sitzung des Ministerrates vom 9.6.2009 wurde eine Punktation zur Reform des Korruptionsstrafrechtes basierend auf dem gegenständlichen Entwurf zustimmend zur Kenntnis genommen. Es ist nun beabsichtigt, den Entwurf als Initiativantrag einzubringen, sodass er am 30.6.2009 – unter Bedachtnahme auf die einlangenden Stellungnahmen – vom Justizausschuss des Nationalrats behandelt werden kann.

Im Hinblick auf diesen Zeitplan wird um Verständnis für die knappe Fristsetzung ersucht.

Weiters wird ersucht, die Stellungnahme – soweit technisch möglich – im Wege der elektronischen Post auch dem Präsidenten des Nationalrates zu übersenden (begutachtungsverfahren@parlament.gv.at).

Es wird angemerkt, dass die Aussendung zur Stellungnahme nur mehr auf elektronischem Weg erfolgt.

09. Juni 2009
Für die Bundesministerin:
DDr. Wolfgang Bogensberger

Beilagen

Elektronisch gefertigt